



DR. MATHIAS MIDDELBERG, MdB
Mitglied des Finanzausschusses
Stellv. Vorsitzender Parlamentskreis Mittelstand (PKM)

| Berlin: mittendrin |

31. Januar 2014

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

während die Bundestagsopposition sich noch immer schwer damit tut, das Votum der Wähler zu akzeptieren, nehmen Bundesregierung und Koalition Fahrt auf. Angela Merkel hat ihr Kabinett in der vergangenen Woche zu einer Auftaktklausur in Meseberg versammelt. Dort wurden nicht nur die Schwerpunkte der einzelnen Ressorts beraten, sondern auch wichtige Beschlüsse gefasst. So begrüßen wir es, dass der Bundeswirtschafts- und -energieminister Eckpunkte zur Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes vorgelegt hat. In weiten Teilen ist der Gabriel-Entwurf identisch mit der Strompreisbremse, die schon Peter Altmaier im vergangenen Jahr vorgelegt hatte.

Weiter sind wir auch bei einem anderen Thema: Die Mütterrente kommt. Wir haben sie im Wahlkampf versprochen und werden die Verbesserungen jetzt zügig umsetzen. Ab Juli 2014 werden die erhöhten Renten für die Erziehung von vor 1992 geborenen Kindern gelten. Je nach Dauer des Gesetzgebungsverfahrens und der technischen Umsetzung kann es aber sein, dass die Zahlungen erst später aufgenommen werden können – das wird dann aber rückwirkend zum 1. Juli geschehen.

Ohnehin gilt, dass wir mit dem Koalitionsvertrag eine gute Arbeitsgrundlage haben. Alles, was dort vereinbart ist, wird umgesetzt. Das gilt auch für jene Punkte, die wir bei einer Alleinregierung nicht in unser Programm aufgenommen hätten. Wir sind vertragstreu, wie wir es auch von unserem neuen Koalitionspartner – und natürlich von jedem einzelnen Regierungsmitglied – erwarten.

Bei der von der SPD eingebrachten abschlagfreien Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren handelt es sich um eine komplexe Materie. Bis heute konnten noch nicht alle Details geklärt und Fragen beantwortet werden. Wichtig ist: das Programm darf keine Anreize zur Frühverrentung werden und die Kosten müssen gedeckelt bleiben.

Besuch aus dem Wahlkreis von den Berufsbildenden Schulen am Schölerberg



/ Presse

NOZ vom 30. Januar 2014

Diskussionen nicht nur ums Rentenpaket

CDU-Brunch in Osnabrück

Von Claudia Sarrazin

OSNABRÜCK. Zum Neunjahresempfang lud jetzt die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU (MIT) Osnabrück-Stadt und Osnabrücker Land. Als Gastredner kam der MIT-Bundesvorsitzende und CDU-Bundestagsabgeordnete Carsten Linnemann.

Bevor Linnemann bei der Union seine 100-Tage-Rede als MIT-Bundesvorsitzender hielt, begrüßte Dieter Klahsen, MIT-Kreisvorsitzender für die Stadt Osnabrück, die Gäste und erklärte: „Wir sind uns sicher alle einig, nach dem beeindruckenden Wahlsieg der CDU wurden zu viele Zugeständnisse gemacht.“ Außerdem beklagte Klahsen: „Trotz sprudelnder Steuereinnahmen fehlt der Wille zum Sparen.“ Dabei sei dies bei der aktuellen Machtfülle eigentlich eine Verpflichtung für die Regierung.

In seinem Grußwort griff der Bundestagsabgeordnete Mathias Middelberg Klahsens Kritik auf, als er darauf hinwies: „Wir brauchen die SPD – und auch die Mehrheit im Bundesrat.“ Alleine könne die CDU ihre Vorstellungen nicht umsetzen, auch wenn nur sechs Mandate zur absoluten Mehrheit gefehlt hätten. Was die Zukunft angeht, zeigte sich Middelberg in Sachen Energiepolitik sehr zuversichtlich, gute Lösungen zu finden. „Beim Rentenpaket haben wir uns aus meiner Sicht aber herbe übernommen“, so Middelberg, der die Finanzierung des Pakets über die Rentenbeiträge kritisierte. Diese Regelung sei viel unsozialer als eine Finan-

Neujahrsempfang der MIT-Osnabrück und Osnabrück-Land 250 Gäste erlebten einen gelungenen Jahresauftakt der MIT-Osnabrück und Osnabrück-Land im Steigenberger Hotel Remarque. Höhepunkt war die Rede des neuen Bundesvorsitzenden der MIT, Dr. Carsten Linnemann MdB. Linnemann sprach zum Thema: „Mit der neuen Bundesregierung ins Jahr 2014 – was hat der Mittelstand politisch zu erwarten?“ Der 36-jährige nahm kein Blatt vor den Mund, sprach frei und klar: Die Koalition mit der SPD sei keine Liebes-, sondern eine Arbeitsbeziehung. Weil die FDP im Bundestag fehle, müssten die Interessen des Mittelstands jetzt stärker in der CDU-Fraktion artikuliert werden. Das sei Aufgabe der MIT. Bedenklich am Koalitionsvertrag seien vor allem die Verabredungen zur Rente. Insgesamt sei das Paket zu teuer, der ganze Vertrag „voll auf Kante genäht“.



V.l.n.r.: Andreas Sobotta, Dr. André Berghegger MdB, H.Dieter Klahsen, Dr. Carsten Linnemann MdB, Hermann Hesse, Europawahl-Kandidat Jens Gieseke, Susanne Breiwe, Wolfgang Griesert und Mathias Middelberg.

Herzliche Grüße!

Handwritten signature: Mathias Middelberg

& Kontakt

Büro in Berlin
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel: 030 227 – 71382
Fax: 030 227 – 76882
mathias.middelberg@bundestag.de
www.mathias-middelberg.de

Büro im Wahlkreis
Rolandsmauer 11, 49074 Osnabrück
Tel.: 0541 57067
Fax: 0541 957999
mathias.middelberg@wk.bundestag.de
facebook.com/mathias.middelberg

& Bürgersprechstunde

Meine nächste Bürgersprechstunde findet am Montag, 24. Februar 2014, 14.00 – 16.00 Uhr, im Wahlkreisbüro Rolandsmauer 11, 49074 Osnabrück statt. Interessierte sind herzlich eingeladen. Um kurze Voranmeldung im Wahlkreisbüro wird gebeten.

zierung über Steuern.

Finanzierungsfragen

Nicht nur in diesem Punkt war Linnemann mit Middelberg einer Meinung: Die Mütterrente beispielsweise hielt er für sehr richtig, die Finanzierung über Rentenbeiträge sei jedoch falsch. „Wenn wir sie wollen, müssen wir das über Steuern machen und woanders sparen“, so der Volkswirt. Auch beim Thema „Rente mit 63 Jahren“ sahen beide Politiker Probleme auf das Rentensystem zukommen: und zwar dann, wenn viele der heute 60-Jährigen, die die für eine abschlagsfreie Rente notwendigen 45 Jahre gearbeitet haben, sich nun kündigen lassen, oder ihnen wird gekündigt, und sie beziehen Arbeitslosengeld I. Denn sie könnten dann mit 63 Jahren ohne die sonst fälligen Abschläge in den Ruhestand gehen. Die Folge wären steigende Rentenbeiträge, so der CDU-Politiker, der sich generell für ein flexibleres Rentensystem aussprach.

Mit Blick auf die Sozialversicherungsbeiträge erklärte er: „Die werden oft unterschätzt, sie sind eine der wichtigsten Kennziffern, was die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes angeht, und müssen unter 40 Prozent bleiben“, so Linnemann, bevor er feststellte: „Der Koalitionsvertrag ist voll auf Kante gemacht, mit voller Wucht.“

Ferner sorgte sich der Volkswirt um das Profil der CDU in Wirtschaftsfragen und stellte fest: „Es kann nicht sein, dass Sahra Wagenknecht durch die Talkshows rennt und sich auch noch auf Ludwig Erhard beruft.“ Auch die Grünen hätten jetzt ein Konzept zur Umsatzsteuer, das gar nicht mal so schlecht sei. „Das ist ja das Schlimme“, erklärte Linnemann, der außerdem darauf hinwies, dass in dieser Legislaturperiode mit Andrea Nahles als Arbeitsministerin und Sigmar Gabriel als Wirtschaftsminister zwei SPD-Politiker auf Bundesebene das Thema Wirtschaftspolitik für sich beanspruchten.

Die CDU dürfe den anderen nicht das Feld überlassen und müsse sich auch mal zutrauen, eine interne Debatte zu führen, folgerte er. Sonst wäre es kein Wunder, wenn die Bürger die CDU nicht von anderen Parteien unterscheiden könnten. Und mit Blick auf die Wahl 2017 erklärte er: „Angela Merkel ist unser bestes Argument – aber nicht unser einziges.“